

Führt eine klamme Kommune: *Henrike Strauch, SPD-Bürgermeisterin von Glauburg* Foto Esra Klein

So gelingt Klimaschutz ohne eigenes Geld

GLAUBURG Die Keltenfürst-Gemeinde in der Wetterau ist reich an Geschichte, doch finanziell arm. Mit Kniffs wappnet sie sich aber gegen die Folgen des Klimawandels. Geld vom Land und viele Daten machen es möglich.

Von Thorsten Winter

In dem neuen Baugebiet von Glauburg kann ein Grundstück weniger als gedacht besiedelt werden. Denn es wird als Mulde benötigt, wie Bürgermeisterin Henrike Strauch sagt, als eine Art Auffangbecken für Regenwasser. „Dazu sind Mulden in den Straßen notwendig“, erläutert die Sozialdemokratin. Schließlich soll das Baugebiet im Fall unvorhersehbarer Starkregenfälle nicht unter Wasser stehen. In der Folge kann zwar ein Bauplatz weniger verkauft werden, was der finanziell ohnehin klammen Gemeinde nicht dient. Allerdings wird, wenn sie sich vorbeugend dem weiteren Klimawandel und seinen Folgen stellt, etwaiger Ärger mit Anliegern vorgebeugt.

Dies ist längst nicht das einzige Beispiel für Vorsorge dieser Art in dem Ort. Möglich machen es unter anderem zahlreiche Daten. Für Glauburg ist Klimaschutz aus einem Grund besonders herausfordernd: Durch den vor drei Jahrzehnten am Glauberg gefundenen Keltenfürsten und das Keltenmuseum ist es zwar überregional bekannt. Doch so reich an Geschichte die Gemeinde auch ist, so arm ist sie in finanzieller Hinsicht. Dem Haushalt für 2025 versagte die Kommunalaufsicht zunächst die Genehmigung. In der Folge musste sich Glauburg für drei Jahre ein schlüssiges Sanierungskonzept geben.

Die nur gut 3000 Einwohner zählende Gemeinde leidet wie viele andere Kommunen unter einer grundsätzlichen Schieflage. Die Kommunen leisten ein Viertel der öffentlichen Aufgaben, bekommen aber nur 14 Prozent der öffentlichen Einnahmen. In der Folge konnte Glauburg nicht einmal 2000 Euro als Beteiligung an der neuen Wohnungsbaugesellschaft des Wetteraukreises aufbringen und bleibt als eine von wenigen Gemeinden außen vor. „Wir würden gerne Klimaschutz machen, aber wir haben das Geld nicht“, sagt die Bürgermeisterin angesichts dessen rückblickend.

Dass Glauburg sich mittlerweile dennoch den Folgen des Klimawandels stellt, steht nicht im Widerspruch dazu. Denn die Gemeinde hat sich Hilfe geholt. Gemeinsam mit Echzell und Ranstadt hat sie ein Klimakommunen-Bündnis mit dem Ziel gebildet, Geld vom Land zu bekommen. Das Land Hessen unterstützt seit 2016 Städte, Gemeinden und kommunale Unternehmen bei Vorhaben zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel.

Einzelheiten wie etwa die Förderquoten regelt die sogenannte Klima-Richtlinie des Landwirtschaftsministeriums. Kurz gesagt lautet die Übereinkunft: Die Gemeinden sammeln Ideen für Klimaschutz und verwirklichen sie mit Geld vom Land. Echzell hat für die drei Partnerkommunen insgesamt 100.000 Euro beantragt und auch bekommen, wie Strauch berichtet. Zu den Glauburger Ideen zählt zum Beispiel eine Solaranlage auf dem Rathausdach.

Es geht aber nicht nur um Investitionen, sondern auch um Schlüsse aus erlebten Klimawandelfolgen. Als notwendig erwiesen haben sich Entwässerungsrinnen an Feldwegen. Seitengräben in der Gemarkung der Kommune müssen sauber gehalten werden, um Regenwasser aufnehmen und weiterleiten zu können. Auch müssen Privatleute ihren Beitrag leisten. Zum Beispiel sollen sie für Starkregen anfällige Flächen möglichst nicht verdichten. Landwirte sind gehalten, ihre Felder so zu pflügen, dass die Furchen übermäßigen Regen nicht den besiedelten Flächen zuleiten. Diese Vorgabe kommt nicht von ungefähr. Strauch erinnert sich nur ungern an einen Tag im vergangenen Jahr, an dem Regenwasser über Ackerland in ein Bürogebäude floss.

Und mit Starkregen ist häufiger zu rechnen, wie Thomas Becker sagt. „Die von früher bekannte Norm besagt: So etwas kommt einmal im Jahrhundert vor. Faktisch passiert das aber alle drei bis fünf Jahre“, sagt der Geschäftsführer des Beratungsunternehmens Kommunal Consult AG aus Pohlheim nahe Gießen. Becker und sein Team beraten zahlreiche Kommunen in Hessen, darunter auch Glauburg. Sein Unternehmen hat eine Fülle von Daten in und zu Glauburg gesammelt und damit eine Grundlage für den Klimaschutz und die kommunale Wärmeplanung gelegt, die sich auch kleine Gemeinden bis Mitte 2028 geben müssen.

Hier kommen die Fördermittel des Landes ins Spiel. Beckers Team hat zum einen das Gemeindegebiet Zentimeter für Zentimeter digital erfasst, wie er sagt. Dadurch seien Gefahrenpunkte sichtbar gemacht worden. In der Folge wisse die Verwaltung, wo sie lieber eine Entwässerungsmulde ausweise als einen Bauplatz. Diese Erkenntnis hat mit Blick auf das neue Baugebiet gefruchtet.

Für die Wärmeplanung hat das Beratungsunternehmen unter anderem Daten von Schornsteinfegern ausgewertet. Die Angaben besagen, welches Haus mit Öl beheizt wird, welche Liegenschaft mit Gas, welche mit Holz oder vielleicht mit Strom. Auch Wärmepumpen sind verzeichnet. Luftbilder vom Land geben ihr demnach Aufschluss über die Möglichkeiten der vorhandenen Biomasse, Kohlendioxid aus der Luft zu speichern. Zudem gehen die in Glauburg gemeldeten Autos und ihr jeweiliger Antrieb in die Datensammlung ein. Das ist wichtig, um den Ausstoß an Kohlendioxid möglichst genau zu erfassen, wie Becker hervorhebt.

Kommunal Consult speist die Glauburger Erkenntnisse in eine Datenbank und nutzt einen Algorithmus für Prognosen. Das Unternehmen bewerte nicht zuletzt auch das Stromnetz mit Blick auf den vermehrten Einsatz von Wärmepumpen und prüfe die Möglichkeit, Windkraft für die Kommune zu nutzen. Jedes einzelne vom Land geförderte Vorhaben habe seinen Sinn. Aber im Verbund seien die Daten noch besser nutzbar: Sie ergeben demnach ein Bild, an welchen Stellschrauben in Glauburg gedreht werden müsse. Ergebnis sei dereinst ein Konzept, wie die Gemeinde klimaneutral mit Wärme versorgt werden könne.

Die Gemeinde selbst könne in ihren Räumen mit kleinen Investitionen eine große Wirkung erzielen. Beispiel: Ein digitaler Temperaturfühler weise für einen Raum in der Verwaltung 21 Grad aus, ein Bewegungssensor funke aber gleichzeitig, dieser Raum sei leer, und gibt deshalb vor: Heizung bitte herunterdrehen. Die Ersparnis an Heizkosten beziffert Becker auf 20 bis 30 Prozent. Ein solcher Sensor koste 50 bis 60 Euro und spiele die Kosten schnell wieder herein. Dafür gibt es Vorbilder in der freien Wirtschaft. Der Frankfurter Gebäudedienstleister Wisag etwa nutzt solche Technik schon seit Jahren.